

Anfragen zum Plenum

in der 40. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Anlässlich des 25. Jubiläums zum Tag der Deutschen Einheit und des alljährlich stattfindenden Deutschlandfestes in Mödlareuth frage ich die Staatsregierung, wie ist der gegenwärtige, konkrete Sachstand bezüglich der geplanten Erweiterungsmaßnahmen des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth, liegt bereits ein entsprechendes Museums- und Finanzierungskonzept vor und falls nein, wann ist damit zu rechnen?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem am 13. September 2015 aufgrund des großen Flüchtlingsandrangs nach Deutschland Grenzkontrollen wieder eingeführt worden sind, frage ich die Staatsregierung, welchen Effekt auf den Flüchtlingsstrom sie sieht, seitdem die Grenzkontrollen wieder eingeführt worden sind, wie beurteilt die Staatsregierung, dass trotz der Grenzkontrollen weit über 100.000 Menschen die Grenze nach Deutschland illegal – aus sicheren Herkunftsländern kommend – überschritten haben und wie beurteilt die sie die Tatsache, dass sich tausende Menschen als Asylbewerberinnen und -bewerber deshalb in Bayern aufhalten, weil der Freistaat Bayern zu wenig Verwaltungsrichter einstellt und die Asylanträge deshalb so lange nicht bearbeitet werden können?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Höhe belaufen sich die Mittel, die der Bund dem Freistaat Bayern jeweils für die Jahre 2013, 2014, 2015 und 2016 für Konversionsmaßnahmen zur Verfügung stellte?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schwerpunktkrankenhäuser und/oder andere Krankenhäuser in Bayern unterhalten aktuell ein Bewegungsbad, wie viele Bewegungsbäder wurden in den letzten Jahren geschlossen und aus welchen jeweiligen Gründen?

Susann Biedefeld
(SPD)

Nachdem in Bayern immer mehr Kommunen sich weigern, eine pauschale Fundtierkostenerstattung zu übernehmen bzw. die tatsächlichen gezahlten Pauschalen pro Einwohner schon lange nicht mehr im Verhältnis zu den tatsächlich entstehenden Aufwendungen der Tierschutzvereine bzw. Tierheime stehen, frage ich die Staatsregierung, wie gedenkt sie dafür zu sorgen, dass die Kommunen ihrer Pflichtaufgabe bzw. Verpflichtung nachkommen, Fundtiere aufzunehmen bzw. bei Abtritt dieser Aufgabe an das Tierheim auch die Erstattung der Aufwendungen pflichtgemäß

und in angemessener Höhe zu übernehmen, welche Höhe pro Einwohner erachtet die Staatsregierung bei den Pauschalen für angemessen und wie kann sie konkret den Tierschutzvereinen bzw. Tierheimen bei der Durchsetzung der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte helfen?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welche Abnehmer die Legehennenbetriebe der Firma Bayern Ei GmbH & Co. KG seit 7. August 2015 bis zum heutigen Datum die in diesem Zeitraum produzierten Eier geliefert haben (aufgelistet nach Bayern-Ei-Standort und Abnehmern mit Ortsangabe), um welche Eier-Güteklassen bzw. Material (z.B. Güteklasse A/B oder K3-Material) es sich bei den o.g. Auslieferungen gehandelt hat und welche Ergebnisse alle Salmonellen-Proben sowohl im Stallbereich als auch auf oder in Eiern in dem genannten Zeitraum an den Standorten der Firma Bayern Ei GmbH & Co. KG erbracht haben (mit Angabe des jeweiligen Probedatums)?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, von wem liegen ihr schriftliche Äußerungen vor, die sich mit dem Thema „Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg“ beschäftigen (bitte mit Angabe der Verfasser, der Funktion und dem Eingangsdatum), welche Argumente werden für eine Verlagerung des Staatsarchivs vorgebracht und welche Argumente dagegen (bitte jeweils mit Angabe des Verfassers)?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es – wie auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zur Raubkunst am 25. bis 27. September 2015 laut Medienberichten zu hören war – zutrifft, dass die Taskforce am Ende des Jahres aufgelöst wird, obwohl die Herkunft der meisten Bilder längst nicht geklärt ist, wenn ja, wie die Provenienzforschung fortgeführt wird und ob dafür die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die Ergebnisse der sogenannten orientierenden Untersuchung der Bodenproben auf einem Nachbargrundstück der Schießanlage Mainbullau, nachdem bei der ersten Untersuchung im Dezember 2013 extrem hohe Werte für Blei, Arsen und Antimon (weit über den zulässigen Grenzwerten) festgestellt wurden und eine Entscheidung, wie damit umgegangen werden sollte, von den Behörden für Herbst 2014 angekündigt wurde und falls die Ergebnisse immer noch nicht vorliegen, was ist der diesbezügliche Grund für diese sehr erhebliche Verzögerung und wie ist die weitere Vorgehensweise?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich das bilaterale Handelsvolumen (Export/Import) zwischen Bayern und Russland in 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie haben sich die Wirtschaftssanktionen und Handelsbeschränkungen auf die Handelsbeziehungen in bayerischen Schlüsselbranchen bis heute ausgewirkt, welche konkreten Sanktionen sind für die Handelsentwicklung von besonderer Bedeutung?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich für den Freistaat Bayern die Situation um den beabsichtigten Neubau des Kurhaus-hotels in Bad Kissingen dar, nachdem nunmehr die verlängerte Bewerbungsfrist für den Investor abgelaufen ist, wann werden konkrete Schritte mit dem Investor umgesetzt oder für den Fall, dass die Verhandlungen mit dem Investor fehlgeschlagen haben, an welche Alternativen gedenkt der Freistaat Bayern nun im Zusammenhang mit der Wiederbelebung bzw. dem Neubau des Kurhaushotels?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr 2016 das Recht auf ein „Basiskonto“ einführen will, also ein Girokonto, das ohne Abfrage bei der Schufa und auch bei schlechter Bonität eröffnet werden kann und den Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr sicherstellt, wie die Staatsregierung dieses Vorhaben bisher konkret unterstützt hat, welche Erkenntnisse sie über die Umsetzung der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eröffneten Möglichkeit, dass Flüchtlinge ab sofort übergangsweise auch dann ein Konto eröffnen können, wenn sie kein Dokument vorlegen können, das der Pass- und Ausweispflicht in Deutschland genügt, in Bayern hat, und ab wann Letzteres insbesondere die Sparkassen in Bayern ermöglichen?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen führte die Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Nürnberg zur Einführung eines Firmenabos, führt die Staatsregierung derzeit Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN), eine vertragliche Regelung für alle staatlichen Bediensteten im VGN-Gebiet zu ermöglichen und wenn ja, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem beim Neubau der Bundesautobahnanschlussstelle Aschheim/Ismaning durch Kiesabbau ein (Bagger-)See entstanden ist, frage ich die Staatsregierung, ob durch den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss, durch den der Kiesabbau genehmigt worden ist, die Planungshoheit der Gemeinde verletzt worden ist und wie nach der Fertigstellung der Bauarbeiten mit dem See verfahren wird (Renaturierung oder Badesee)?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit besteht in Bayern, für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte, an den weiterführenden Schulen die Möglichkeit eines herkunftssprachlichen Unterrichts als zweite oder dritte Pflichtfremdsprache (bitte rechtliche Grundlage angeben), welche Sprachen können bereits heute als Prüfungsfach in Bayern eingebracht werden (bitte gliedert nach Schulart) und gibt es seitens der Staatsregierung die Überlegung, den staatlich finanzierten und organisierten muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) wieder bzw. in neuer Form einzuführen?

Thorsten Glauber
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass im Rahmen der Verhandlungen des Europäischen Büros zur Integrierten Prävention und Kontrolle der Verschmutzung (IPPC) über Grenzwerte des Ausstoßes von Stickoxiden und Quecksilber von Kohlekraftwerken der Kommentar eines vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) entsandten Experten passagenlang wortgleich mit den Eingaben zweier Industrielobbyisten des Bundesverbandes der Deutschen Elektrizitätswirtschaft und des Gesamtverbandes Steinkohle war und wenn ja, wie lauteten die Passagen im Wortlaut und handelt es sich bei besagtem Experten um einen Mitarbeiter des LfU oder um einen externen Experten?

Ulrike Gote
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar u.a., BT-Drucksache 18/5488, für das Jahr 2013 ein versuchtes Tötungsdelikt in Coburg aufführt, frage ich die Staatsregierung, was genau ist bei diesem Delikt vorgefallen, wurden die Täter ermittelt und welche Netzwerke bzw. Kameradschaften o.ä. standen ggf. damit in Verbindung?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Nachdem derzeit die Medien vermehrt Probleme melden bei der Erfassung von Asylbewerberinnen und -bewerbern und in der Kommunikation behördenübergreifender Prozesse, die in der Praxis zu einer mehrfachen Registrierung bzw. Erfassung von Asylsuchenden (z.B. durch Bundes- und Landespolizei) führt, frage ich die Staatsregierung, wie der genaue Verwaltungsablauf bei der Erfassung von Asylbewerberinnen und -bewerbern, die zunächst von der Bundespolizei registriert und dann in bayerische Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht werden, ist, welche fehlenden EDV-Schnittstellen diese mehrfache Registrierung hervorrufen und welche Maßnahmen dagegen unternommen werden?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Förderung plant sie im Staatshaushalt beim Wohnraum für Studierende in den kommenden Jahren, welche Fördersummen wurden seit 2000 ausgereicht (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie verteilte sich die Förderung auf die Studienorte in Bayern seit 2000 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem sich die staatlichen und städtischen Gesundheitsämter aufgrund der Arbeitsbelastung im Bereich der Untersuchung und Betreuung von Asylbewerberinnen und -bewerbern derzeit im „Notfallmodus“ befinden und oft nicht mehr dazu kommen, ihre bisherigen allgemeinen Aufgaben wahrzunehmen, frage ich die Staatsregierung, wie reagiert sie auf die aktuelle Situation bei den Gesundheitsämtern, welche zusätzlichen Personalstellen in den staatlichen Gesundheitsämtern sind insbesondere geplant und welche finanzielle und/oder personelle Unterstützung gibt es für die kreisfreien Städte, deren städtische Gesundheitsämter die staatlichen Aufgaben erledigen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf die Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung von 148,5 Mio. Euro auf 202,7 Mio. Euro mit dem 2. Nach-

tragshaushalt 2014 und 206,9 Mio. Euro im Haushalt 2015 frage ich die Staatsregierung, welche Bewilligungen in Bayern für Projekte der Städtebauförderung seit 2010 ausgesprochen wurden (geordnet nach Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisangehörigen und kreisfreien Städten jeweils unter Angabe der förderfähigen Projektsumme und des beabsichtigten Fördersatzes), welche Bewilligungen für Projekte der Städtebauförderung durch die o.g. Erhöhung der Mittel ermöglicht wurden (gegliedert wie unter Teilfrage 1) und welche Anmeldungen für noch nicht bewilligte Projekte der Städteförderung vorliegen (gegliedert wie unter Teilfrage 1)?

Joachim Hanisch
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswahlkriterien bei der vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst geplanten Zugangsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt Anwendung finden sollen, wie die Anzahl der bereitgestellten Referendariatsplätze an den Seminarschulen bestimmt wird und wie der Vertrauensschutz für Studierende berücksichtigt wird?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihrer Meinung nach die im Juli 2015 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgelegten Eckpunkte „Ausschreibungen für die Förderung von Erneuerbare-Energien-Anlagen“ geeignet, den Ausbau der Windenergie in Bayern nicht noch weiter zu bremsen, hat die Staatsregierung am dazugehörigen Konsultationsverfahren teilgenommen und welche Wettbewerbsnachteile im bundesdeutschen Vergleich sieht die Staatsregierung bei künftigen Ausschreibungsteilnehmern aus Bayern durch die 10H-Regelung?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, die Möglichkeit „spontaner Ankaufaktionen“ in einer Pressemeldung neben anderen Forderungen anspricht, frage ich die Staatsregierung, ob darunter der Ankauf von Butter, Magermilchpulver u.ä. Produkten verstanden wird oder ob damit auch Gelder gemeint sind, die kurzfristig Milchmengen aus dem Markt nehmen sollen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, verstoßen die von der Staatsregierung am 31. März 2015 erlassenen Arbeitsverbote nach ihrer Ansicht gegen Art. 15 der EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU), falls ja, wann werden die Ausländerbehörden darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Arbeitsverbote aufzuheben sind, falls nein, warum ist dies der Fall?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem im Breitbandbericht des zuständigen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat festgehalten wird, dass über 1800 Kommunen im Breitbandförderverfahren sind, frage ich die Staatsregierung, wie lang ist die durchschnittliche Zeitdauer vom Beginn des Verfahrens für ganz Bayern (und aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) bis zur Erteilung des Förderbescheids, wie groß ist die Spannbreite in der Verfahrensdauer und welche Erklärung gibt es für die unterschiedlich langen Verfahren?

Günther Knoblauch
(SPD)

Da in der Anlage S des Einzelplans 06 des Staatshaushalts sowohl ein Titel für den ersten Bauabschnitt als auch ein Titel für die Planung des zweiten Bauabschnitts des Finanzamts München, Deroystraße 4-22, ausgewiesen ist, frage ich die Staatsregierung, wie ist der Sachstand bei der Planung der Kinderkrippe des Finanzamts München, wann wird mit dem Bau der Kinderkrippe begonnen werden und wann wird die Baumaßnahme abgeschlossen sein?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem die Versuchsstation Gut Roggenstein der Technischen Universität München vor ein paar Jahren zum Verkauf angeboten werden sollte, frage ich die Staatsregierung, gibt es diese Verkaufsabsichten noch immer, hat der Freistaat Bayern Eigenbedarf angemeldet und gibt es derzeit eine Teil- bzw. Zwischennutzung des Geländes?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, lagen ihr bereits vor der Mitteilung der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA am 18. September 2015 irgendwelche Hinweise auf auffällige Abweichungen zwischen Prüfstandswerten und realem Fahrbetrieb hinsichtlich des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen des Unternehmens VW oder aber auch von anderen Fahrzeugherstellern vor?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Umbruch von Dauergrünland sind seit 6. Juni 2014 in Bayern genehmigt worden, wie viele Anträge wurden ohne das Vorliegen neuer Dauergrünlandersatzflächen genehmigt und welche Begründungen (z.B. Neuanlage von Dauerkulturen) wurden oder würden für diese Ausnahmen akzeptiert?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die Gründe für die Differenz in Kapitel 03 64 Titel 863 69, in dem für das Jahr 2014 der Soll-Ansatz mit 30.000,0 Tsd. Euro doch ganz erheblich vom Ist mit nur 7.789,2 Tsd. Euro abweicht, aus welchen Gründen war für die Staatsregierung bei der Haushaltsaufstellung diese Entwicklung nicht abzusehen, und wie will die Staatsregierung künftig unrealistische Haushaltsansätze bei der Wohnraumförderung vermeiden?

Jürgen Mistol
(GRU)

Angesichts des dramatischen Mangels an Sozialwohnungen im Freistaat Bayern frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Wohnungen momentan von Menschen bewohnt werden, deren Einkommenssituation sich seit ihrem Einzug so verbessert hat, dass derzeit kein Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung bestünde, in welcher Höhe in der Vergangenheit Mittel aus Einnahmen der Fehlbelegungsabgabe für die Wohnraumförderung generiert werden konnten und welcher Verwaltungsaufwand damit verbunden war (aufgeschlüsselt nach Jahren im Zeitraum von 1992 bis 2006)?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rolle wird der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) als größte Interessensvertretung privater Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland in dem von der Staatsregierung geplanten Pflegering

einnehmen und gibt es hierzu bereits Absprachen zwischen dem zuständigen Staatsministerium und dem bpa?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die meiner Meinung nach erfolgte Verschwendung von Steuergeldern durch das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE), das für das 4 km umfassende gesamte genehmigte Radwegestück von der Schafbruckmühle bis zur Münchsmühle im Labertal, Marktgemeinde Laaber im Lkr. Regensburg, laut Plan (Schafbruckmühle bis Münchsmühle) für 4 km einen Betrag von insgesamt 401.000 Euro Fördermittel zugesagt hat, wobei aber nur für das hälftige Teilstück Schafbruckmühle bis Augasse/Laaber, ca. 2 km, schon der Betrag von 381.000 Euro ALE-Fördermittel verwendet wurde und ist hierbei zu vermuten, dass das vom Marktrat angenommene Bürgerbegehren für die andere hälftige Teilstrecke, das ca. 2 km umfassende Teilstück vom Campingplatz/ Laaber bis Münchsmühle, und die von der Bürgerinitiative geforderten 3 Meter Breite nicht mehr realisiert werden sollen und dass damit durch die Verschwendung von Steuergeldern für die Hälfte der Radwegestrecke bereits durch Auftragsvergabe während der laufenden Unterschriftensammlung zum Bürgerbegehren nur noch ein Zwanzigstel der monetären Mittel (da die übrigen 20.000 Euro nicht ausreichen würden) zur Verfügung steht für den Ausbau von 3 Meter Breite laut Bürgerbegehren statt 4 Meter Breite laut Gemeinderatsbeschluss?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Gründerinitiative „Startup.Digital.Nürnberg“ im Detail durch den Freistaat Bayern ausgestattet ist, welche Voraussetzungen Gründerinnen und Gründer erfüllen müssen, um teilnehmen zu können und wie die Förderung der Gründerinnen und Gründer konkret ablaufen soll?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen, die vor Hunger, Vertreibung und Krieg aus ihrer Heimat fliehen und der menschenunwürdigen Behandlung, die sie in Staaten wie Ungarn erfahren, frage ich die Staatsregierung, welche Veränderungen (finanzieller, personeller und infrastruktureller Art) hinsichtlich deren Aufnahme sich gegenüber dem Regierungsbezirk Unterfranken (vor allem vor dem Hintergrund der Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung in Schweinfurt und der „Zeltstadt“ in Würzburg-Zellerau) seit meiner diesbezüglichen Anfrage zum Plenum vom 29. September 2014 (Drs. 17/3182) ergeben haben, wie viele Flüchtlinge derzeit im Regierungsbezirk Unterfranken untergebracht sind und wo im Regierungsbezirk Unterfranken in absehbarer Zeit weitere Flüchtlingsunterkünfte entstehen sollen?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgaben nehmen die staatlichen Ausländerbehörden in Bayern im Zusammenhang mit Asylverfahren wahr, führt die steigende Zahl von Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen in Bayern zu Mehrbelastungen der staatlichen Ausländerbehörden und wenn ja, wie viele neuen Stellen müssen an den 96 staatlichen Ausländerbehörden in

Bayern zur Bewältigung der Mehrbelastungen geschaffen werden?

Doris Rauscher
(SPD)

Da das Erste Pflegestärkungsgesetz zum 1. Januar 2015 auf Bundesebene in Kraft getreten ist, allerdings nach wie vor keine entsprechende bayerische Landesverordnung vorliegt, frage ich die Staatsregierung, wie sieht der Zeitplan für die bayerische Landesverordnung aus, welche Probleme ergeben sich bei der Ausgestaltung und welche Auswirkungen hat die fehlende Landesverordnung auf den Leistungsbezug von Pflegebedürftigen?

Bernhard Roos
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich das bilaterale Handelsvolumen (Export/Import) zwischen Bayern und Iran seit 2010 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln), welchen Handelsstellenwert haben die beiden Länder zueinander (Platz im Länderranking), welche konkreten Chancen sieht die Staatsregierung für die bayerische Wirtschaft in Folge der Aufhebung der Sanktionen im Juli 2015?

Georg Rosenthal
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr über salafistische Anwerbeversuche von Flüchtlingen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften vor (aufgeschlüsselt nach Flüchtlingsunterkünften)?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie darüber, dass gewaltbereite Islamisten verdeckt als Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Bayern eingereist sind und dass radikale Salafisten versuchen, unter Flüchtlingen neue Anhänger zu gewinnen und von welchen Quellen stammen diese Erkenntnisse?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Wohnheimplätze für Studierende in Bayern seit 2000 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie verteilen sich die Wohnheimplätze auf die bayerischen Studienorte (bitte nach Jahren und Studienorten aufschlüsseln), wie hat sich die Quote der Wohnheimplätze in Relation zur Studierendenzahl seitdem entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Katharina Schulze
(GRU)

Nachdem ein Vorstandsmitglied von PEGIDA München e.V., Heinz M., in einem Schreiben an die Abgeordneten des Landtags eingeräumt hat, dass die Bundesanwaltschaft seit 2012 gegen ihn ein Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 129a des Strafgesetzbuches – StGB – (Bildung terroristischer Vereinigungen) führt, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über den konkreten Hintergrund bzw. den Stand der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft hat, welche Erkenntnisse sie über Ermittlungsverfahren und Vorstrafen im Bereich Gewalttaten und rechtsextrem motivierte Straftaten der Vorstandsmitglieder bzw. Mitglieder von PEGIDA München e.V. hat und welche Erkenntnisse sie grundsätzlich über die Verbindungen von PEGIDA München e.V. bzw. von einzelnen (Vorstands-) Mitgliedern des Vereins zur rechtsextremen Szene hat?

Gisela Sengl (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wie hat Bayern in den Ausschüssen des Bundesrates zur Einbringung des Gesetzesentwurfes zu Opt-out der grün mitregierten Länder abgestimmt und falls Bayern der Einbringung des Gesetzesentwurfes nicht zugestimmt hat, was sind die Gründe für die Ablehnung?
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, ob sie beabsichtigt, Neuraminidase-Hemmer neu zu bevorraten und wenn ja, ab wann und wie viel?
Diana Stachowitz (SPD)	Nachdem in München-Hartmannshofen/Untermenzing seit geraumer Zeit Immobilien der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) leer stehen, frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Immobilien der IMBY in München-Hartmannshofen/Untermenzing leer stehen und unter welchen Bedingungen wäre eine kurzfristige Vermietung der Gebäude möglich?
Claudia Stamm (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Planungen, im Zuge des Neubaus des Finanzamts München auch eine Kindertageseinrichtung vorzusehen, nicht realisiert werden sollen, weshalb sollen diese Planungen nicht realisiert werden, und wie viel Geld ist inzwischen in die Planung investiert worden?
Rosi Steinberger (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist das Alarmierungs- und Schadensmanagement im Fall des Gülleunfalls in Arnstorf vom 16. Juni 2015 erfolgt (bitte mit Angabe des Datums und der jeweiligen Uhrzeit)?
Reinhold Strobl (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen der Personalverteilungsberechnung bzw. des Zuteilungssolls auf der Grundlage des Stammhaushalts 2015/2016 für die bayerischen Finanzämter werden zum 1. Januar 2016 nicht mit Beamtinnen und Beamten, sondern mit Anwärterinnen und Anwärtern besetzt sein, wie viele Stellen werden aufgrund der Wiederbesetzungssperre nicht besetzt sein und wie viele Stellen werden darüber hinaus nicht besetzt sein bzw. anders verwendet werden (z.B. aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Altersteilzeit, Weiterem)?
Dr. Simone Strohmayr (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Studierenden in Bayern seit 2000 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie verteilen sich seitdem die Studierenden auf die bayerischen Studienorte (bitte nach Jahren und Studienorten aufschlüsseln), wie hat sich der Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen seitdem entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
Martin Stümpfig (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist mit dem Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens 3a der Regionalexpress-Linie Stuttgart – Nürnberg zu rechnen, welche Auswirkungen hat die Ankündigung der Fernverkehrsoffensive der Deutschen Bahn Fernverkehrs AG auf die Ausschreibung, welche Veränderungen gegenüber dem aktuellen Angebot des Regionalexpresses sind vorgesehen?
Arif Tasdelen (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlingskinder werden aktuell in Kindertageseinrichtungen (nach Regierungsbezirken

und Einrichtungen differenziert) betreut, in welchen dieser Kindertageseinrichtungen kann aufgrund der zusätzlich zu betreuenden Kinder der förderrelevante Anstellungsschlüssel nicht eingehalten werden und in welchen Kindertageseinrichtungen konnte der Anstellungsschlüssel auch nach drei Monaten – wie in § 17 Abs. 5 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG) vorgesehen – nicht eingehalten werden und führte somit zu Förderkürzungen?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die durchschnittlichen Mietkosten für Studierende in den Bundesländern seit 2000 (bitte nach Ländern und Jahren aufschlüsseln), auf welche Summe belaufen sich seit 2000 die durchschnittlichen Mietkosten für Studierende an den bayerischen Studienorten (bitte nach Jahren und Studienorten aufschlüsseln) und wie viele Bewerber kamen auf die Wohnheimplätze an den jeweiligen bayerischen Studienorten im jetzt startenden Wintersemester 2015/2016?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie eine Möglichkeit, im Wege der Vorsorge eine Haftpflichtversicherung für registrierte Asylbewerberinnen und -bewerber als Gruppenvertrag abzuschließen bzw. können die aufnehmenden Kommunen bzw. Landkreise und kreisfreien Städte zum Abschluss von Gruppenhaftpflichtversicherungsverträgen angehalten werden, um somit Dritte vor finanziellen Nachteilen durch ungedeckte Schäden des täglichen Lebens zu schützen und ist die Staatsregierung bereit, den Kommunen die Kosten für diese Gruppenversicherung zu erstatten?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann hat Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Amtszeit als Bayerischer Ministerpräsident eine Asylbewerber- bzw. Flüchtlingsunterkunft in Bayern besucht, um welche Unterkunft handelt es sich und wenn noch kein Besuch stattgefunden hat, was sind die Gründe dafür, dass Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Amtszeit als Bayerischer Ministerpräsident noch keine Asylbewerber- bzw. Flüchtlingsunterkunft in Bayern besucht hat?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wer übernimmt im Einzelnen die Kosten für die 40 bis 50 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die in der ehemaligen Zusamklinik im Landkreis Augsburg untergebracht und betreut werden sollen, welche Kosten kommen dabei auf die Standortkommune, den Markt Zusmarshausen, im weitesten Sinne zu (z.B. in Form von Vorfinanzierungen, aber auch in der Folge nach Beendigung der Jugendhilfe), und welche Behörde oder kommunale Gebietskörperschaft ist für Organisation und Kosten der sich anschließenden Integrationsphase (nach Wegfall der Jugendhilfe) verantwortlich?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob in der Grundstücksangelegenheit der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld, für die der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags in seiner Sitzung vom 15. Juli 2015 einen Heimfall beschlossen hat, die Kaufoption – basierend auf der Vorlage aussagekräftiger Entscheidungsunterlagen – diskutiert wurde, ob ausgeführt wurde, dass bereits heute

zahlreiche Staatsbedienstete, deren Anteil bei einem Kauf um ein Vielfaches gesteigert werden könnte, in den Wohnungen der Genossenschaft leben, und ob deutlich gemacht wurde, dass mit dem Heimfall des Herzstücks der genossenschaftlichen Wohnanlage der Fortbestand der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld, die einen wichtigen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau leistet, gefährdet ist?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe stehen im Haushalt Mittel für die Umsetzung der KULAP-Maßnahme (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) B49 „Erneuerung und Pflege von Hecken und Feldgehölzen“ in den Jahren 2015 und 2016 zur Verfügung, aus welchen Gründen ist die Antragstellung für die Maßnahme ausgesetzt worden und wird die Staatsregierung sicherstellen, dass im Jahr 2016 wieder Fördermittel für Maßnahmen zur Erneuerung und Pflege von Hecken und Feldgehölzen beantragt werden können?